

Karl-Marx-Platz

Ortszeitung der D K P Elmshorn

Nr. 258 / Oktober 2011 - Solidaritätsspende Sparkasse Elmshorn Kto 126985 BLZ 22150000

Griechenland liegt vor unserer Haustür

Griechenland ist ein Beispiel eines zurzeit besonders betroffenen Staates von der Krise, unter deren Folgen weltweit fast alle Völker leiden. Die Krise hat einen Namen: Kapitalismus! Wie man an den Bewegungen und Aktionen der Bevölkerung in vielen Ländern sehen kann, wächst die Wut gegen die Verursacher dieser Krise und gegen die Profiteure. Die DKP beteiligt sich an Protesten z.B. auch der „Occupy“ Bewegung. Es wird immer mehr Menschen bewusst, dass der Kapitalismus ihre Leistungen, Zukunftsträume und Bedürfnisse nicht erfüllen kann.

Man will uns weismachen, dass die Griechen zu faul sind und über ihre Verhältnisse gelebt haben. Die arbeitende Bevölkerung dort ist nicht weniger fleißig als andere Bevölkerungen anderer Länder. Die 99% der Bevölkerung sollen aber jetzt die ganze Last tragen, während die reichen Griechen immer reicher werden. Sie wurden nie dazu herangezogen, sich finanziell an den Aufgaben des Staates zu beteiligen. An der Krise verdienen sich Banken, Versicherungen und internationale Fonds eine „goldene Nase“, allen voran die Deutsche Bank. Sparprogramme treffen die Bevölkerung durch Lohn – und Gehaltskürzungen, Verlust ihrer Arbeitsplätze, Streichungen im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich. Die reichen Griechen haben ihr Geld in die Schweiz und anderswo deponiert.

Privatisierung von Häfen, Flughäfen und Sozialsystemen führen zu einer gewaltigen Umverteilung zugunsten der Reichen international.

Die Probleme Griechenlands sind die gleichen wie in Schleswig – Holstein, im Kreis Pinneberg oder in Elmshorn.

Die pro Kopf Verschulung der öffentlichen Haushalte hier ist sogar höher als in Griechenland.

Der Staat, die Bundesländer, Kreise und Kommunen sind nach den Regeln der kapitalistischen Wirtschaft pleite. Die Banken verdienen sich an öffentlichen Haushalten durch Zins- und Schuldentilgung dumm und dämlich! Der Reichtum in den Händen weniger wächst, während die Armut vieler ebenfalls rasant wächst. Was fehlt in dieser Situation ist breiter gemeinsamer EU- weiter Widerstand, Streiks bis hin zum Generalstreik. Überführung der Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle!

Wir sind die 99%! Schluss mit der Diktatur des Finanzkapitals!



■ 20 000 Menschen in Deutschland leben auf der Straße, davon sind 2000 Frauen. Diese Zahlen nennt die nationale Armutskonferenz. Zu den Erwachsenen kämen 6000 Kinder, die auf der Straße leben

10 Jahre Krieg in Afghanistan

Die Jahre 2009/2010 waren die verlustreichsten seit Kriegsbeginn, vor allem für die afghanische Bevölkerung, aber auch für die NATO-Truppen. In Medienberichten wird Optimismus verbreitet, aber die Situation hat sich sogar noch weiter verschlechtert. Tod und Zerstörung sind in dem Land tägliche Realität.

Dazu Said Mahmoud, ein junger Afghane, der in Deutschland lebt: „Die Situation in meinem Land wird immer schlimmer. Wir haben eine dramatische Sicherheitslage. Tägliche Angriffe der NATO – Truppen und Taliban, die immer aktiver sind. Mittlerweile können sie jeden Terroranschlag machen, den sie wollen.“

Der Krieg hat vor allem den Warlords Freiheit gebracht, aber nicht den einfachen Menschen.

Mehr als 70 Prozent meiner Landsleute müssen mit weniger als 30 Cent am Tag zum Leben auskommen. Dabei sind die Preise so unglaublich hoch. Tausende sterben pro Jahr an verschmutztem Wasser, und die medizinische Versorgung ist schlecht.“

Es ist schon lange klar, dass es für Afghanistan keine militärische Lösung geben kann. Die Bevölkerung in den Staaten, die diesen Krieg führen, lehnt den Einsatz mehrheitlich ab und fordert die Rückkehr ihrer Soldaten. Die NATO-Truppen aber wollen nicht als geschlagene Allianz vom Hindukusch abziehen. Dennoch bröckelt der Kriegseinsatz: Kanada, Polen, die Niederlande und Italien haben den Abzug ihrer Truppen bekannt gegeben oder sind bereits dabei, die Einheiten nach Hause zu holen. Auch die deutsche Regierung spricht vom Truppenabzug. Man könnte meinen, das Kapitel Afghanistankrieg könne in absehbarer Zeit geschlossen werden.

Doch ganz so einfach ist es nicht. Denn der Eindruck, der Abzug der Truppen aus Afghanistan bis 2014 wäre beschlossene Sache, ist so falsch. Vielmehr betreiben einige Nato-Staaten, auch die Bundesregierung, hier eine Etikettenschwindel.

Denn die NATO plant keineswegs ein Gesamtabzug der Truppen bis 2014. Bis dahin sollen im Rahmen eines Strategiewechsels nur Teile der Kampftruppen abgezogen werden, während andere Truppenteile weiterhin im Land verbleiben.

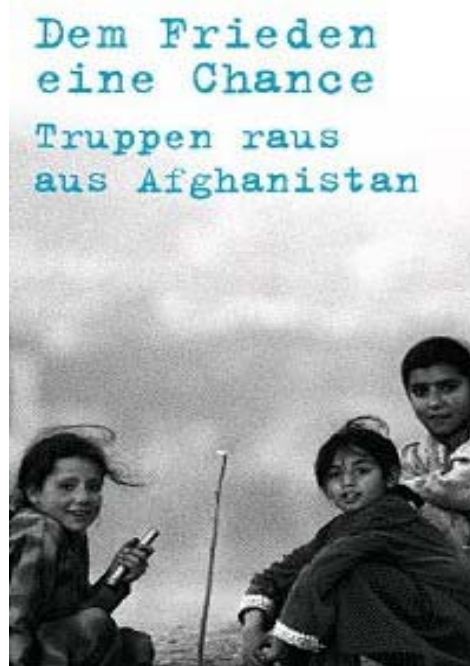
Die afghanische Armee soll durch Intensivierung der Ausbildung weiter kriegstauglich gemacht werden und so die abziehenden NATO-Truppen ersetzen. Sogar der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch, wirft der Regierung vor, von falschen Voraussetzungen auszugehen. „Die Soldaten glauben ohnehin nicht an diese Daten und den Zeitplan“, sagte Kirsch der Presse. Aus „wahltaktischen Gründen“ würden hier falsche Erwartungen geweckt. Ein Abzug werde in Aussicht gestellt, was dann bis und ab 2014 wirklich passiere, sei völlig offen. Viele in Afghanistan tätige zivile

Hilfsorganisationen und auch die Friedensbewegung sehen aber Afghanistan erst dann auf einem richtigen Weg, wenn die ausländischen Truppen abgezogen sind. Aufbau kann nicht im Krieg stattfinden. Deshalb bleiben die Hauptforderungen der Friedensbewegung aktuell und wichtig: Sofortiger Waffenstillstand, sofortiger Beginn des Truppenabzugs und verstärkter Einsatz ausschließlich ziviler Aufbauhilfe dort, wo es möglich ist und von der Bevölkerung gewünscht ist.

Dazu noch einmal Said Mahmoud: „Wir brauchen Fortschritte bei der Bildung. So können sich die Menschen in Afghanistan irgendwann selbst helfen. Zudem muss die junge

demokratische Bewegung in Afghanistan gestärkt werden. Sie braucht finanzielle und personelle Hilfe. Dazu braucht es eine internationale Vernetzung von Antikriegsbewegung und den Menschen hier im Land, um gemeinsam gegen Besatzung, Taliban und Warlords vorzugehen.“

Im Dezember 2001 wurde auf der Petersberger Konferenz bei Bonn eine provisorische Regierung für Afghanistan unter Präsident Karzai eingesetzt. Nun lädt die Bundesregierung für den 5. Dezember 2011 erneut auf den Petersberg ein. Die kriegsführenden Staaten werden hier zusammenkommen, um über die zukünftige Afghanistan-Strategie zu beraten. Das Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten anlässlich von Petersberg II in Bonn auf und lädt ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Situation in Afghanistan und die Chancen für eine Friedensperspektive.



Dem Frieden
eine Chance
Truppen raus
aus Afghanistan

**Mittwoch, den 16. November 2011 um 19 Uhr
im Katharina-von-Haus Pinneberg, Bahnhofstraße,
mit Norman Peach, Professor für Politische Wissenschaft**

Nazis rüsten zur Landtagswahl

Im Mai 2012 wird der neue Landtag gewählt. Die NPD hat ihren Wahlkampf bereits begonnen. In Pinnberg fand im Oktober ein Infostand statt. Stadtverwaltung und Polizei waren informiert, nicht jedoch die Öffentlichkeit. Protestmöglichkeiten wurden durch die Geheimhaltung verhindert. Polizei beschützte trotzdem den Infostand um den Faschisten Ingo Stawitz aus Uetersen, um seinen braunen Kumpanen den Auftritt zu ermöglichen. Was für ein Demokratieverständnis der Verantwortlichen im Rathaus, vor dem ein Gedenkstein steht, der an die ermordeten Antifaschisten in Pinneberg erinnert! Das Grundgesetz verlangt die Auflösung und das Verbot aller Nachfolgeorganisationen der NSDAP – es muss eingehalten und umgesetzt werden!

Protest und Blockaden gegen Nazis sind notwendig, um das Grundgesetz durchzusetzen. Meinungsfreiheit kann es nicht für die Nachfolger der Verbrecher geben, deren Faschismus zu 56 Millionen Toten führte, die bis heute den Holocaust leugnen und Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und andere Widerstandskämpfer verfolgten und ermordeten und heute bereits erneut für Morde verantwortlich sind. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen! Faschistisches Gedankengut wird gezielt entwickelt und publiziert in Zeiten kapitalistischer Krisen – wie jetzt. Es soll abgelenkt werden von Ursachen und Verursachern dieser größten kapitalistischen Krise seit der Weltwirtschaftskrise. „Der Schoß ist fruchtbar noch ...“ schrieb Berthold Brecht

Wie fruchtbar er ist, beweisen ausländerfeindliche, rassistische und faschistische Ansichten und Aktionen überall in der Bundesrepublik. Thilo Sarazin feiert mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ Erfolge. Es ist ein besonderer Skandal, dass die SPD nicht willens ist ihn auszuschließen.

Antifaschistische Tätigkeit in vielen Formen bleibt dringend erforderlich!



Alfred Rasmussen arbeitet seit vielen Jahren ehrenamtlich im Elmshorner Stadtarchiv und ist aktiv in der Antifaschistischen Bewegung, z.B. in der Initiative „Stolpersteine“.

Am 24.11. um 20 Uhr wird er in der Buchhandlung Heymann sein Buch „Elmshorner Arbeiter im politischen Widerstand“ vorstellen, auf das wir empfehlend hinweisen. Es wird damit eine weitere Lücke in der Elmshorner Geschichte geschlossen.

„Sparpaket“ stoppen!

Für eine solidarische Gesellschaft

Wir zahlen nicht

für eure Krise

Solidarität ist unsere Kraft!

VERÄNDERN
Mitglied werden



Die Wut wächst!

In über 1000 Städten gingen Hunderttausende Menschen weltweit gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Finanzwirtschaft auf die Straße.

Die DKP und ihre Mitglieder sind dabei, wir fordern die Überführung der Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle der Banken durch Vertreterinnen und Vertreter aus der Bevölkerung. Wenn die Banken, Versicherungen und die Regierungen so weiter machen wie bisher, werden die Menschen einen hohen Preis zahlen müssen.

Milliarden für Rettungsschirme für das Finanzkapital werden wir, die Steuerzahler, bezahlen müssen.

Weitere Armut ist die Folge. Schon jetzt müssen 925 Millionen Menschen weltweit hungern. 20 000 Menschen leben in Deutschland auf der Straße, darunter 6000 Kinder. 15 % der Menschen sind arm, sie haben weniger als 60 % der mittleren Einkommen. Arme leben 10 Jahre weniger (Sozialbericht). 48 000 Minijobber müssen Lohn durch Hartz IV aufstocken. Mehr als 20 % der Kinder werden unter Armutbedingungen groß.

Elmshorn braucht endlich einen Armuts - und Reichtumsbericht. Während hunderte in unserer Stadt auf Almosen angewiesen sind, verfügen andere über mehr als 1 Millionen Euro Vermögen.

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben! Wir benötigen eine Umverteilung des Reichtums durch Steuern. Zu Gunsten der Armen und für die Sanierung des Haushaltes der Stadt.

Der Afghanistan Krieg kostet bisher 17 Milliarden Euro. Was wäre alles möglich, wenn dieses Geld zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden würde?

Ich will mehr Infos über die DKP
 Ich will Mitglied der DKP werden
 Name, Vorname:
 Straße:
 PLZ, Ort:
 eMail:
 Telefon:

**Wer den Reichen
nichts nimmt,
kann den Armen
nichts geben.**